

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/9

14. Januar 1975

Ehrfurcht vor dem Leben

Zum 100. Geburtstag von Albert Schweitzer

Von Willy Brandt MdB
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutsch-
lands

Seite 1 / 28 Zeilen

Volksentscheid in Rheinland-Pfalz

Gehen Grenzgebiete an andere Bundesländer ?

Von Klaus Immer MdB
Abgeordneter des Wahlkreises 148 Neuwied

Seite 2 und 3 / 56 Zeilen

Das Notfallrettungssystem wird komplettiert

Plädoyer für eine Zentraleitstelle für Krankenflüge

Von Horst Seefeld MdB
Stellv. Mitglied des Verkehrsausschusses im Bundestag

Seite 4 und 5 / 59 Zeilen

Vor einem neuen "Strauß-Skandal" ?

CSU-Vorsitzender zerbricht "Spiegel-Affäre" von 1962
ans Licht

Seite 6 / 41 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Presshaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

Ehrfurcht vor dem Leben

Zum 100. Geburtstag von Albert Schweitzer

Von Willy Brandt MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Albert Schweitzer wäre heute 100 Jahre alt geworden. Man mag das Werk dieses Mannes kritischer unter die Lupe nehmen, als dies in früheren Jahren der Fall war. Seine Hauptgedanken bleiben von solcher Kritik unberührt.

Schweitzer wurde nie müde, den Menschen seiner Zeit einzuschärfen: Eine Gesellschaft, die ihre Bürger vor den Auswirkungen des Egoismus, des Macht Hungers und des Neides schützen will, muß die Achtung vor dem Lebenswert eines jeden einzelnen zur Grundlage wertbezogener Politik machen.

Dies heute zu fordern, bedeutet die Gegenposition zur tagtäglichen Verletzung der Menschenwürde und Menschenrechte. Ehrfurcht vor dem Leben muß daher für uns heißen: Über die Menschenwürde der Person läßt sich nicht abstimmen, ganz bestimmt aber läßt sich entschieden kämpfen für Rahmenbedingungen zu deren wirksamerem Schutz.

Der Schutz des Lebens sollte bis in die Einzelvorschriften von Gesetzeswerken hinein die Charta einer verantwortlichen Politik sein. Um dies in Zukunft noch besser als bisher tun zu können, muß die Suche nach den Rahmenbedingungen für einen wirksameren Schutz des Lebens - ich könnte auch sagen: des "beschädigten" Menschen - über den Bereich der Familie hinaus in allen gesellschaftlichen Konfliktzonen im Mittelpunkt unserer Politik stehen. Hier liegt eine der Bedingungen für dauerhaften Frieden - im Innern und nach außen.

Albert Schweitzer ist mit dem Kampf um den Frieden unlösbar verbunden. Der Gedanke, Ehrfurcht vor dem Leben zu bezeugen, ist im Werk dieses Mannes selbst zur Entscheidung für das Leben geworden. Dieses Menschenbild eines radikalen Humanismus verpflichtet. Es kann uns sowohl vor dem Trugschluß derer bewahren, die den promethäischen Leistungsmenschen wollen, als auch vor kollektivistischer Mentalität solcher, die Opfer ihrer Schwärmerieen werden.

(-/14.1.1975/ks/ee)

+ + +

Volksentscheid in Rheinland-Pfalz

Gehen Grenzbereiche an andere Bundesländer ?

Von Klaus Immer MdB

Abgeordneter des Wahlkreises 148 Neuwied

Der Volksentscheid, in dem am 19. Januar 1975 die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger in drei Bezirken des Landes Rheinland-Pfalz entscheiden sollen, ob ihre Wohnbereiche in der Pfalz, im Regierungsbezirk Montaubaur und im Regierungsbezirk Koblenz weiterhin in Rheinland-Pfalz verbleiben oder jeweils den Ländern Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen zugeschlagen werden soll, können angesichts der kurz darauf stattfindenden Landtagswahl vom 9. März Bedeutung gewinnen.

Zwar kann es sich wohl keine der für den Landtag kandidierenden Parteien und Kandidaten leisten, für ein Herauslösen dieser Gebiete aus dem Lande Rheinland-Pfalz zu werben, denn die amtierende CDU-Regierung würde daraus Kapital schlagen. Aber der CDU-Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl hat dennoch Angst vor dem Ergebnis des Volksentscheides. Seine Minister und Staatssekretäre reisen landauf, landab, um insbesondere in den Grenzgebieten dadurch für ein Verbleiben im Lande Rheinland-Pfalz zu werben, daß sie alles das zu lösen versprechen, was jahrelang verschümt worden ist. Denn für die CDU besteht tatsächlich die Sorge, daß sich die Wahlberechtigten in den Grenzgebieten in zu großer Zahl für eine Veränderung entscheiden könnten, weil sie sehr viel schärfer als die übrigen Rheinland-Pfälzer auf der anderen Seite des "Grenzzaunes" feststellen, unter wie viel besseren Bedingungen die Menschen drüben in Hessen und Nordrhein-Westfalen leben. In der Pfalz allerdings wird es wohl kaum jemanden geben, der das CSU-Bayern eines Alfons Goppel oder eines Franz-Josef Strauß für attraktiver halten würde.

Bei den Grenzgebieten handelt es sich durchweg um schwach strukturierte Räume, die von der Politik der CDU-Landesregierungen vernachlässigt wurden. Auch die relativ hohen Einkommen und Löhne in diesen Bereichen werden in der Hauptsache nicht im Lande selbst, sondern jenseits der Grenze erarbei-

tet. Kein Wunder, daß die Zahl der Auspendler in diesen Grenzbezirken zum Teil die 50 vH-Marke übersteigt.

Die Volkstentscheide werden, so wie sie gemäß Artikel 29 des Grundgesetzes angelegt sein mußten, am Bestand von Rheinland-Pfalz sicherlich nichts ändern. So sieht ja auch das Ernat-Gutachten zur Länderneugliederung andere Lösungen vor. Es ist kaum damit zu rechnen, daß die Wahlberechtigten aus Koblenz, Idar-Oberstein oder Birkenfeld sich für einen Anschluß an Nordrhein-Westfalen entscheiden. Das gleiche gilt sicherlich für die Bürgerinnen und Bürger von Bad Ems oder Lahnstein im Blick auf Hessen. Dennoch wird das Ergebnis entlang der Grenze möglicherweise einige Aufschlüsse über die Stimmung der Wahlberechtigten geben, die unmittelbar "über den Zaun" sehen können. Diesen steht nämlich fast täglich vor Augen, daß dort im Gegensatz zu Rheinland-Pfalz z.B. für Schülerinnen und Schüler aller Klassen Lehr- und Lernmittelfreiheit geboten wird, daß die Tariflöhne höher liegen und die Einkommen mancher Landes- und Kommunalbediensteter sowie das Landesdarlehen für den sozialen Wohnungsbau erheblich höher ausfallen, daß die Landeszuwächse für kommunale Investitionen (z.B. Kindergärten, Sportanlagen, Verwaltungsgebäude) sehr viel reichlicher gewährt werden, und daß schließlich die Verkehrserschließung auch in den dünner besiedelten Gebieten einschließlich eines flächendeckenden Linienverkehrs mit Abtand besser ist.

Viele Bürgerinnen und Bürger verstehen nicht, warum diese Unterschiede sein müssen. Darum werden manche von ihnen die Gelegenheit dieses Volksentscheides nutzen, um ihrem Unmut gegenüber der Mainzer CDU-Landesregierung Luft zu machen, die allzu lange am Leitbild "Rheinland-Pfalz - Land der Reben und Wälder" festhielt. Die Nachbarn in Hessen und Nordrhein-Westfalen haben viel eher erfolgreich begonnen, ihre ländlichen Gebiete zu entwickeln, um die Forderungen des Grundgesetzes nach gleichwertigen Lebensbedingungen zu erfüllen. Die Sozialdemokraten in Rheinland-Pfalz brauchen vor den möglichen Protestentscheidungen keine Angst zu haben. Allein die CDU ist in Rheinland-Pfalz für solche Versäumnisse verantwortlich. (-/14.1.1975/ks/ee)

+ + +

Das Notfallrettungssystem wird komplettiert

Plädoyer für eine Zentrale Leitstelle für Krankenflüge

Von Horst Seefeld MdB

Stellv. Mitglied des Verkehrsausschusses im Bundestag

Jeder Bürger unseres Staates, der im Ausland schwer erkrankt oder verletzt ist, hat einen Anspruch darauf, daß ihm von der Bundesregierung geholfen wird. Wer die Verhältnisse in manchen Ländern kennt, wird nicht bezweifeln, daß der Wunsch auf Rückholung zur Behandlung in einer deutschen Spezialklinik gerechtfertigt ist.

Aus diesem Grunde ist es zu begrüßen, daß die Bundesregierung meinen Vorstellungen dazu näherzutreten will. Dies geht jedenfalls aus einem Schreiben der Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Frau Dr. Katharina Focke, hervor, in dem sie u.a. für den Hinweis auf das Problem der Repatriierungsflüge für im Ausland erkrankte oder verletzte Personen und auf die Zweckmäßigkeit der Koordination dieser Flüge mittels einer zentralen Leitstelle in der Bundesrepublik dankt. Man habe schon selbst entsprechende Überlegungen angestellt. Aufgabe einer solchen Leitstelle müßte es sein, unter Berücksichtigung der medizinischen und flugtechnischen Mindestanforderungen die Ambulanzflüge, die von den bestehenden Fluggruppen durchgeführt werden, zu koordinieren und in Zusammenarbeit mit den regionalen Rettungsdiensten in den Bundesländern für die Übernahme der Patienten auf den angeflogenen deutschen Flughäfen sowie für die Aufnahme in ein geeignetes Krankenhaus Sorge zu tragen. Auch Zuständigkeitsfragen hinsichtlich der Einrichtung einer solchen zentralen Leitstelle würden noch zu klären sein. Es lasse sich daher im gegenwärtigen frühen Stadium noch nicht eindeutig sagen, ob die zentrale Leitstelle allein vom Bund errichtet und betrieben werden sollte oder ob eine Lösung eher im Wege des kooperativen Föderalismus anzustreben sein werde.

Besonders für eine Bundeslösung scheint mir eine bereits vorhandene Institution geeignet zu sein. Dies ist die Zentrale Leitstelle der SAR

(Search and Rescue), deren Aufgabe bislang das Suchen nach verunglückten Flugzeugen ist und die deshalb ständig Luftfahrzeuge bereithalten muß. Das ist im Übrigen eine internationale Aufgabe, die allen Luftfahrt betreibenden Ländern obliegt und in den meisten Ländern - wie bei uns - von den Streitkräften wahrgenommen wird. Die SAR-Leitstelle verfügt bereits über alle erforderlichen Verbindungen zu den internationalen Flugplätzen, der Flugsicherung usw. Deshalb ist dies eine geeignete Ansprechstelle, weil sie auf schnellstem Wege Einzelangaben zum Notfall auf diesen Kanälen einholen, Flugpläne abstimmen und Einfluggenehmigungen erlangen kann. Ein weiterer Gesichtspunkt ist der des Einsparens von Steuermitteln. Die SAR-Leitstelle könnte mit geringen Mitteln zur "Rückholleitstelle" ausgebaut werden, weil sie ohnehin Tag und Nacht besetzt ist. Ein eingearbeiteter Stab mit ausgezeichneten Fachleuten ist vorhanden. Auch die medizinischen Probleme lassen sich leicht lösen; z.B. liegt der SAR-Stützpunkt Porz-Wahn zwischen den Universitätskliniken Bonn und Köln, so daß zu jeder Zeit der Facharzt für den einzelnen Fall schnell erreichbar ist.

Mit diesem Vorschlag sollen die gewerblichen Transportunternehmen keinesfalls ausgeschaltet werden. Anhand eines Verzeichnisses könnten über die einschlägigen Verbände schnellstens geeignete zivile Maschinen vermittelt werden. Es bliebe auch zu prüfen, ob der Bedarf so groß ist, daß der Bund einen besonderen "Rettungsjet" vorhält. Dieses Flugzeug böte die Möglichkeit zur optimalen Ausstattung; alle Hygiene-, gegebenenfalls auch Quarantäne-Vorschriften ließen sich leichter beachten. Es wäre immer verfügbar und ließe sich als spezielles Rettungsflugzeug sicherlich leichter an Krisenherde beordern, als Militär- oder sonstige Zivilmaschinen. Das alles wäre zu überprüfen. Die gewerbliche Luftfahrt würde in diesem Falle auch keinen Schaden erleiden, denn sie könnte, wenn sie kostengünstiger liegt, durchaus mitherausgezogen werden.

Die Bundesgesundheitsministerin ist mit ihren Überlegungen jedenfalls auf dem richtigen Weg. Ressortgespräche sind derorts aufgenommen worden und es besteht Aussicht, daß eine sinnvolle Regelung gefunden wird, die die Zahl der noch vorhandenen Lücken im Notfallrettungssystem weiterhin verkleinert oder schließt.

(-/ 14.1.1975/ks/ee)

+ + +

Vor einem neuen "Strauß-Skandal" ?

CSU-Vorsitzender zerrte "Spiegel-Affäre" von 1962 ans Licht

Die Frage, warum der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß die ganze sog. "Spiegel-Affäre" des Jahres 1962 wieder ans Licht gezerrt hat, ist bis zur Stunde noch immer unbeantwortet: Jedenfalls was ihn selbst angeht. Die bohrenden Fragen des Fernseh-"Reportage"-Journalisten Klaus Stephan, was ihn zu diesem spektakulären Schritt bewogen habe, ließ Strauß einfach unbeantwortet. Er wich sogar auf die Erklärung aus, daß er doch wohl antworten müßte, wenn er danach befragt würde. Dazu aber muß man wissen, was auch der "Reportage"-Moderator Franz Alt unbestritten feststellte, daß das Strauß-Interview in dem Bonner Gesellschaftsmagazin "Esprit", mit dem er die ganze Affäre reaktualisiert hat, mit dem CSU-Vorsitzenden abgesprochen und von ihm gegengelesen worden ist. Strauß hat also den "Coup" im Detail vorausgeplant und durchgeführt.

In diese "Spiegel-Affäre" des Jahres 1962 war und ist Franz Josef Strauß bis über beide Ohren verwickelt. Was damals geschah und im Nachzug zu dem "Spiegel"-Artikel "bedingt abwehrbereit" zu der vermutlich schwersten innenpolitischen Krise der Bundesrepublik geführt hat, was damals also geschah, das zeigt deutlich genug die Handschrift und das Wirken von Strauß. Die "Spiegel-Affäre" führte zu einer Regierungskrise und zum Rücktritt des Bundesverteidigungsministers Strauß, der dann jahrelang von der politischen Bildfläche verschwunden war. So bitter der ganze Vorgang für die darin verstrickten Politiker, Richter, Offiziere und Journalisten auch gewesen war, inzwischen ist die Affäre aber mit all ihrem Hautgout in die rückwärtigen Kammern der bundesrepublikanischen Geschichte gerutscht gewesen.

Und jetzt haben wir sie wieder in voller Breite vor uns! Die Staatsbürger - die, die den Skandal damals miterlebten, und die Jungen, die jetzt mit ihm erstmalig konfrontiert werden - werden durch Meldungen, Kommentare, Artikel, Hörfunk- und Fernsehsendungen sowie die bevorstehenden Gerichtsverfahren erneut oder neu mit allen Einzelheiten dieser Affäre bekanntgemacht. Und es kann und darf gar nicht anders sein, als daß unmehr von allen beteiligten Seiten, nicht nur von denen, die von Strauß wiederum hineingezerrt worden sind, alles, aber auch alles unternommen wird, um ein für allemal klarzustellen, wer für das böse Spektakulum des Jahres 1962 die Verantwortung trägt und zur Verantwortung zu ziehen ist. Dabei wird sich vor allem die Hauptperson Franz Josef Strauß, der sich jetzt selbst in den Mittelpunkt der von ihm wieder aufgeweckten Affäre gestellt hat, minutiös äußern müssen.

Bis dahin steht die Frage im Raum: "Neue 'Spiegel-Affäre' oder neuer 'Strauß-Skandal' ?" Ein weiteres Ausweichen ist nicht mehr zulässig.

(ee/14.1.1975/ks/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller